

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Am Sonntag, dem Vermählungsgedenktage des Kaiserpaars, fand im königlichen Schloss zu Berlin ein größeres Abendfest statt. An letzterem schloß sich eine musikalische Abendunterhaltung an.

* Prinz Heinrich ist dieser Tage in Singapore (Südostasien von Ostindien) eingetroffen. Dort nahm er am Freitag an einer Tigerjagd teil und gehabte sobald die Meise fortgeschossen.

* Das Gesetz betr. die Kautionspflicht der Reichsbahnbeamten ist nunmehr amtlich veröffentlicht worden. Die Rückgabe der Kautionsen erfolgt nach näherer Bestimmung des Reichsbahnlers innerhalb einer zweijährigen Frist nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes. Für etwaige vor der Rückgabe bekannt gewordene Fahrkartenrechte bleiben die Kautionsen verhaftet. Die über die Kautionspflicht der Reichsbahnbeamten bestehenden Bestimmungen bleiben unverändert.

* Die Zahl der unter Leitung der Generalkommission bewirkten Rentenverschreibungen in Preußen beträgt bis zu Ende des Jahres 1897 8566; der Kaufpreis der sämtlichen endgültig bzw. durch Beitragszahlung begründeten Rentenstifter beläuft sich auf rund 70 Mill. Mark. Von dem zur Rentengutsbildung der Generalkommission angebotenen Areal sind 94 461 Hektar aufgestellt worden, 29 113 Hektar standen zum Beginn des laufenden Jahres den Generalkommissionen noch zur Verfügung, sobald auch im laufenden Jahre weitere Fortschritte der inneren Kolonisation durch Wirkung der Generalkommissionen zu erwarten sind.

* Das hanseatische Oberlandesgericht erklärte die Hamburger Senatsverordnung vom 12. Juli 1897 betr. das Verbot der Geschäftigung schulpflichtiger Kinder zum Zeitungs-, Brot- und Milchaustragern in frühen Morgen- und späten Abendstunden für ungültig, da nach der Gewerbeordnung nicht die Landeshöfehöfe zu einer solchen Vergütung berechtigt sind, sondern der Bundesrat.

Oesterreich-Ungarn.

* Kaiser Franz Joseph von Oesterreich feiert demnächst sein 50jähriges Regierungsjubiläum. — Der Kaiser hat 5 Mill. Bronzemedaillen bestellt, die beim Regierungsjubiläum an sämtliche aktive Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, sowie auch an sämtliche Mannschaften des Berlaubnissandes verteilt werden sollen. Die Medaillen wird auf der einen Seite das Bild des Panzers, auf der andern die zwei Jahreszahlen 1848—1898 mit einem Vorzeichen umgeben zeigen. Es wurde ursprünglich beantragt, daß das Band der Medaille schwarz-gelb sei. Der Kaiser hat nun darin entschieden, daß das Band ebenfalls wie das des Franz Joseph-Ordens, ein rotes Seidenband, sein soll. Der Kaiser gibt am Jubiläumstage ein Festmahl, zu welchem sämtliche Generale des Heeres und der Landwehr geladen werden.

* Schon in diesen Tagen dürfte die noch in keiner Weise beigelegte oder auch nur wesentlich abgeschwächte innere Krise in Oesterreich wieder schroff zu Tage treten. Der Oberlandmarschall von Böhm, Fürst Böblitz, hat dem Drängen der Jungtheater darin nachgegeben, daß er die Erörterung der staatsrechtlichen Adresse im böhmischen Landtag noch vor der Behandlung des böhmischen Haushaltes auf die Tagesordnung der Sitzung vom 26. Februar stelle. Infolgedessen versuchen die deutschen Abgeordneten den böhmischen Landtag. Es handelt sich nicht um einen Auszug für eine Sitzung, sondern um bauernbedarfsvorbleiben der Deutschen vom Landtage.

Frankreich.

* Von antisemitischer Seite wurde die Streichung Bolas von der Liste der Mitglieder der Ehrenlegion gefordert; wie die namhaftesten Gelehrten Frankreichs sich von vornherein auf Bolas Seite gestellt haben, so wollen auch jetzt Schriftsteller und Männer der Wissenschaft, darunter der Künstler der Ehren-

legion erklären, daß sie den Orden zurückgeben würden, falls man Bola freilege. — Oberst Bicquart soll pensioniert werden und tritt dann in die Redaktion der "Aurore" ein. Ein Lieutenant, der an Bola ein Glückwunschkartenblatt gesandt hatte, ist sofort zur Disposition gestellt worden.

* Das zivilistische Ministerium Bourgeois hatte s. J. beschlossen, die Namensliste der französischen Münzen "Gott schütze Frankreich" durch die republikanische Formel "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" zu ersetzen. Das gegenwärtige Ministerium hat nun diesen Beschluss zurückgenommen und angeordnet, daß die neuen Münzen mit der früheren Umschrift geschlagen werden.

Italien.

* Der Ausschuss der Deputiertenkammer zur Untersuchung der Affäre Grieppe soll seine Arbeiten, welche bestimmt geheim gehalten werden, fortsetzen. Die Italie sagt in Bezeichnung früherer Melddungen, sie sei zu der Erfüllung ermächtigt, doch alle in Zeitungen aufgetauchten Gerüchte hinsichtlich der Beschlüsse dieser Kommission jeder Begründung entbehren. Der Ausschuss will der Kammer erst nach dem 4. März Bericht eröffnen. — Auch die "Triduna" erklärt, es sei noch nicht zu einer Beschlusssfassung in dieser Angelegenheit gekommen.

Balkanstaaten.

* Als König Georg von Griechenland mit der Prinzessin Marie eine Spazierfahrt nach dem Phaleron mache, geben zwei unbekannt gebliebene Personen in Jägerlustum etwa sieben Schritte auf den königlichen Wagen ab und verwundeten den Statthalter am Fuße. Auch die Herde wurden verwundet. Der König blieb unverletzt. Die Kunde verbreitete sich schnell in Athen und die Bevölkerung brachte dem rückkehrenden Monarchen begeisterte Ovationen dar. König Georg erhielt Glückwunschtelegramme vom Kaiser Wilhelm, dem Baron und der Königin von England. Von den Thatern fehlt bisher jede Spur.

* Im Zusammenhang mit der östasiatischen Frage ist neuerdings vielfach die Öffnung des Bosporus und der Dardanellen für russische Kriegsschiffe erörtert worden. Es steht, daß Russland sich die Durchfahrt für keine Kriegsschiffe mit der Nachfrage gefügt habe, daß sie nur am Tage erfolge und ohne daß die Fahrzeuge anlegen dürften. Eine konstantinopeler Draufsetzung des Daily Telegraph widerstreitet dieser Meinung. Russland thue im Gegenteil sein Äußerstes, um den Erfolg eines Trade zu erwirken, der die Durchfahrt des rumänischen Panzerschiffes "Elisabeta", das im vorigen Jahre durchfuhr, verbiete.

* Trotz aller friedlichen Versicherungen der slawischen Balkanstaaten, trotz der anscheinend bevorstehenden Erfüllung der griechischen Verbindlichkeiten und trotz der Erfolgschancen, daß eine gewalttame Pression auf den Sultan von seiner Macht in Ansicht genommen sei, hält es die Türkei doch für geraten, in Waffen zu bleiben und weiter zu rüsten. Nach einer Meinung des Wiener offiziellen Büros aus Konstantinopel verlautet dort, daß neben der Reorganisation der Hamidiye-Kavallerie noch fünf Regimenter neu gebildet werden sollen.

* Für Ferdinand von Bulgarien sollte am 14. März zum Besuch des Zarenhofes in Petersburg eintreffen. Es ist indessen aus nichtpolitischen Gründen (Erkrankung der Fürstin Prinzessin Clementine und der Zarin) ein Aufschub beschlossen worden, und die Petersburger Slawische Wohltätigkeits-Gesellschaft muß sich nun mit der großen Ovation gebündigt und zugleich feierlich den Beschlusserlangen werden, ihn zum Ehrenmitgliede der Gesellschaft zu ernennen. Das bleibt nun auf unbestimmte Zeit verschoben.

Amerika.

* Obwohl die Behörden in Washington betonen, daß bezüglich der Untersuchung in Sachen des untergegangenen Kriegsschiffes "Maine" noch keine bemerkens-

werte Nachricht vorliegt, da der Untersuchungsausschuss seinen Bericht an die Regierung noch nicht erbracht habe, schenkt man in den New Yorker Zeitungen und im Publikum den Nachrichten-Glauben, daß die Sprengung keine zufällige gewesen sei. In den New Yorker Zeitungen berichtete daraufhin am Donnerstag eine fast panikartige Bewegung und die Kurse gingen allgemein beträchtlich zurück.

Wien.

* Ein Erlass des Kaisers von China, welcher betrifft Staatsausgaben ergangen ist, schafft Gleichheit, Brüderlichkeit" zu erleben. Das gegenwärtige Ministerium hat nun diesen Beschluss zurückgenommen und angeordnet, daß die neuen Münzen mit der früheren Umschrift geschlagen werden.

Staatsräte.

* Falls man japanischen Katholiken Gläubigen darf, ist in der Volkszählung der Koreaner eine starke Reaktion gegen den katholischen Einfluss zu Tage getreten, so daß im Lande innere Spannungen ausgebrochen sind. In Söul wurde ein Attentat gegen den Vizekonsul der Russenfreunde Almendingen verübt. Der Überfallene kam jedoch mit einer leichten Verletzung davon.

Deutscher Reichstag.

Am 25. d. steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung des Gelehrtenwurts betr. die Entschädigung im Biederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen.

Abg. Beck (fr. Bp.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Von der ursprünglich bei der Mehrheit vorhandenen Meinung, die Unterscheidung zweier Arten von Freigesprochenen zu bestätigen, hat die Kommission Abstand genommen, da die verbündeten Regierungen erklärt haben, daß sie einen solchen Beschluss niemals stimmen könnten; dagegen wurde beschlossen, daß eine Entschädigung auch dann eintreten solle, wenn die Freigespräch aus dem Grunde erfolgt sei, wenn ein begründeter Verdacht nicht mehr vorliege. Der Wunsch nach Entschädigung unabhängig in Untersuchungshaft genommener Personen ist in einer Resolution ausgedrückt worden.

Von den Abg. Auer u. Gen. (soz.) liegt ein Antrag vor, wonach die Entschädigung in jedem Falle der nachträglichen Freigespräch erfolgen soll.

Abg. Benzmann (fr. Bp.) sieht in dem Gesetz nur eine winzige Abschlagszahlung an das Volksbewußtsein, erklärt also aber dennoch dafür, auch wenn der Antrag Auer nicht angenommen werden sollte.

Staatssekretär Riebelding betont ausdrücklich, daß das Gesetz gefallen sei, wenn das Haus etwas dem Antrage Auer zustimmen sollte. Kein anderer Staat sei in seiner Gesetzgebung so weit gegangen.

Abg. Roeder (Benz.) Abg. v. Buchta (kont.) und Abg. Böls (nat.-lib.) erklären sich für die Kommissionsbeschlüsse. Abg. Mundel (fr. Bp.) führt aus, ehe er dieses Gesetz annimme, wolle er lieber gar nichts. Eure und Freiheit möse man dem Freigesprochenen wiedergeben, nur Geld solle er nicht erhalten; man stelle also das materielle Gut über die idealen Güter.

Gesetzminister Lentz (Benz.) Abg. v. Buchta wiederholt die ablehnenden Gründe des Staatssekretärs, die nicht materieller, sondern ethischer Natur seien.

Abg. Haase (soz.) bemerkt, seine Partei werde nicht zugeben, daß dieses Gesetz bei schwach besetztem Hause durchgebracht werde.

Nach kurzer weiterer Erörterung wird der Antrag Auer abgelehnt. Ein hierauf vom Abg. Singer (soz.) ausgesprochener Zweifel an der Beschlußfähigkeit, muß vom Präsidenten als begründet anerkannt werden. Die Sitzung wird deshalb gegen 3 Uhr abgebrochen und auf 3 Uhr 10 Minuten eine neue Sitzung anberaumt.

Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung steht die zweite Beratung des vom Abg. Mintelen eingebrauchten Entwurfs eines Gesetzes betr. Aenderungen und Erweiterungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafverfahrens-Ordnung. In Verbindung damit wird der Antrag Benzmann zur Diskussion gestellt, der ebenfalls die vorjährige Novelle in fast gleichlautender Form wieder aufnehmen will.

Abg. v. Buchta (kont.) beantragt zur Gesetzesordnung, mit der Beratung des § 77 des Gerichtsverfassungsgesetzes zu beginnen (Berichtigung der Namensfehler), von welchen Paragraphen die Regierung keinen Nutzen habe.

Der Antrag v. Buchta wird nach kurzer Beratung des § 77 eingetragen.

Abg. v. Buchta (kont.) begründet seinen Antrag, nach welchem die Kammer mit drei Mitgliedern zu besetzen, die Strafkammern für die

Hauptverhandlung im Berufungsinstanz bei Verfahren außer den Fällen der Privatklage mit fünf Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden zu besetzen sind.

Abg. Bieschel (nat.-lib.) erklärt sich für den Antrag Mintelen, der eine Besetzung der Kammer mit drei Richtern, mit einer Verteilung, mit fünf Richtern bei Verbrechen wünscht.

Abg. Lenzmann (fr. Bp.) fordert die Regierung auf, seine Stellung zu der Sache zu nehmen.

Rebner wäre geneigt, den Antrag Mintelen anzunehmen, wenn man hoffen könnte, mit der Regierung auf diesem Boden zusammenzutreffen. Finanzielle Bedenken dürften hier nicht in Frage kommen.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Riebelding weiß darauf hin, er sei nicht in der Lage, im Namen der verbündeten Regierungen eine Erklärung abzugeben. Die Regierungen seien hier vertreten, weil den lebhaften Wunsch haben, durch statthaftliche Erklärungen die Verhandlungen zu unterstützen, aber noch irgend einer Richtung für oder gegen die Anträge Stellung zu nehmen, sei er nicht in der Lage.

Das ist der Haltung der Regierung finanzielle Verhandlungen maßgebend gewesen, habe er früher schon wiederholte bestreit.

Abg. Haase (soz.) weist darauf hin, daß das Urteil des Strafverfahrens weber durch den Antrag Mintelen noch Lenzmann bestätigt werde. Wenn die Anträge Bieschel und Mintelen abgelehnt würden, würde seine Partei für den Antrag Lenzmann stimmen.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (freikons.) erklärt sich für den Antrag Mintelen, um wenigstens etwas zu tun zu bringen.

Abg. Beck (fr. Bp.) berichtet, daß die Regierung keine bindende Erklärung abgegeben habe. Es hätte seine bindende zu sein brauchen, aber sie hätte ihre Stellung kennzeichnen sollen, damit das Haus weiß, wie es zu verhalten habe.

Rat weiteren Bemerkungen der Abg. Karbodr. (freikons.), Spahn (Benz.), v. Buchta, Lenzmann, Mintelen, Schmid-Warburg schließt die Diskussion über § 77.

Zur Gesetzesordnung erklärt Abg. v. Buchta, daß er im Falle der Ablehnung seines Antrages die Befreiungsfähigkeit bejaht werden werde.

Präsident Fehr. v. Buzol: In diesem Fall kann ich Ihnen nicht vorschlagen, in die Abstimmung einzutreten. Ich braume daher die nächste Sitzung auf Montag 2 Uhr an mit der Tagesordnung: Zweite Beratung des Reichshaushalt und zwar Etat des Reichsbehördenhauses.

Vereiniger Handlung.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Freitag in Fortsetzung der Beratung des Etats des Handelsministeriums im Verlauf der Debatte von Regierungsssekretär verschärft, daß im nächsten Jahre noch weitere Mittel zur Förderung der Hoch- und Fortbildungsschulen in den Etat eingesetzt werden sollen. Beim Titel "Orientierungsschule" kam es zu einer Debatte über die Ausführung des Börtingergesetzes.

Am 26. d. nahm das Abgeordnetenhaus die Vorlage betr. die Erhöhung des Kapitals der Zentralgenossenschaftskafe um 30 Mill. Mark in zweiter Lesung an. Der Etat der Zentralgenossenschaftskafe und der Rest des Etats des Handelsministeriums wurden ohne erhebliche Debatte erledigt.

Von Jahr und Herrn.

Kulda. Der Kaiser spendete der Gemeinde Schweden ein Jubiläengeschenk von 10 000 M. und der Gemeinde Niederwaldbach 19 000 M. zum Bau neuer Schulhäuser.

Buchum. Bei dem Grubenunglück auf Sechtemeinigte Karolinenglück" sind nach amtlicher Feststellung im ganzen 116 Bergleute tödlich verunglückt, einschließlich der beiden im Krankenhaus Bergmannsberg gestorbenen Verletzten. In der Grube befinden sich, wie man als sicher annimmt, keine Leichen mehr. Es ist die ganze Örtlichkeit sorgfältig abgesucht worden. Die Marktkontrolle weiß allerdings noch einige Blicke auf, es wird aber nach der Köln. Bgl. angenommen, daß die Todesfälle der beiden Verletzten, die gräßliche Katastrophe eingejagt hat, unmittelbar nachdem sie zu Tage gefahren waren, nach Hause gelegt sind und auch womöglich andere Arbeit geführt haben. Einige Arbeiter, die erst kurz vorher aus ihrer polnischen Heimat gekommen waren, mögen auch wohl auf knall und Fall nach Hause gereist sein, da ihnen nach diesem Unglück der Bergmannsberuf doch zu gefährlich erschien. Die Untersuchung bezüglich der Ursache des Unglücks habe bisher ergeben, daß die Verwaltung über einen Beamten eine Schuld nicht trifft. Die Ursache selbst ist noch nicht geklärt.

Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung steht die zweite Beratung des vom Abg. Mintelen eingebrauchten Entwurfs eines Gesetzes betr. Aenderungen und Erweiterungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafverfahrens-Ordnung. In Verbindung damit wird der Antrag Benzmann zur Diskussion gestellt, der ebenfalls die vorjährige Novelle in fast gleichlautender Form wieder aufnehmen will.

Abg. v. Buchta (kont.) beantragt zur Gesetzesordnung, mit der Beratung des § 77 des Gerichtsverfassungsgesetzes zu beginnen (Berichtigung der Namensfehler), von welchen Paragraphen die Regierung keinen Nutzen habe.

Der Antrag v. Buchta wird nach kurzer Beratung des § 77 eingetragen.

Abg. v. Buchta (kont.) begründet seinen Antrag, nach welchem die Kammer mit drei Mitgliedern zu besetzen, die Strafkammern für die

Institution und durch das Zeugnis Ihrer letzten Stellung gut empfohlen und ich hoffe, daß Sie dieser Empfehlung Echte machen. Für heute mögen Sie der Ruhe pflegen, morgen bitte ich Sie an Ihrem Platz zu sein.

Soweit es in meinen Kräften liegt, werde ich juchen, den an mich gestellten Anforderungen gerecht zu werden," erwiderte Irma mit gelassener Ruhe.

Ein Fräulein durchlief ihren Körper, als sie in die funkelnden schwarzen Augen der Dame blickte, welche mit hochmütigem Ausdruck auf sie gerichtet waren.

"Wenn Sie etwas wünschen, bitte ich der Göttin nach zu bedienen."

Irma erhob sich, machte der Dame eine tiefe Verbeugung und ließ sich von der dazu befohlenen Diennerin auf ihr Zimmer führen.

Karoly Gervay hatte sich unterdessen weit über die Fensterbrüstung gelehnt und sein Auge an der reichen, bunt schimmernden Natur erfreut, doch war ihm kein Wort der Unterricht entgangen und seine Züge drückten entzückten Wohlgefallen über das schroffe Benehmen Frau von Török aus.

"Das junge Mädchen wird von deinem Willkommen grüßt nicht sehr erbaut sein, Irma," sagte er bedauernd, "einigermaßen liebenswürdig hättest du sie wohl aufnehmen können."

"Leiderlaß das ganz meinem Gemessen, bester Karoly," erwiderte sie ungeduldig, "soll ich die neue Gouvernante meiner Kinder in die Arme schließen?"

"Das wäre ein übertriebener Geschäftsaufwand," meinte er lächelnd, "allein sie ist die

aus guten Häusern empfohlen, hat Heimat und Familie verlassen, um sich der nützlich zu machen Menschen; Gero und Ilona werden ihr das Leben schwer genug machen."

"Dafür erhält sie Bezahlung!" war Irma eifrig Antwort. "Ich bitte dich, mich nicht in meinen häuslichen Angelegenheiten zu beurteilen, hier ist die Grenze, wo ich nur schwer einen Widerspruch verzage."

"Karoly!" flammendes Auges stand er ihr gegenüber, "finne dich! Wann wäre ich dir je Bormud gewesen! Einmal gelobtest